BURMA

„Noch Hunderte sitzen in Gefängnissen“

Burmas Freiheitsheldin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, 56, über ihre Freilassung, den Dialog mit der Militärjunta und ausländische Wirtschaftssanktionen

SPIEGEL: Nach über 19 Monaten Hausarrest kamen Sie im Mai frei. Doch die angekündigten politischen Verhandlungen über die Zukunft des Landes scheinen nicht in Gang zu kommen. Mauern die Generäle schon wieder?
Suu Kyi: Dass wir im Laufe der vergangenen vier Wochen keine formellen Gespräche geführt haben, bedeutet nicht, dass die Gespräche mit der Junta zum Erliegen gekommen sind. Meine Partei ist gegenwärtig sehr aktiv. Doch richtig ist: Je schneller wir Verhandlungen aufnehmen, desto besser. Es gilt sehr viele Probleme zu lösen.
SPIEGEL: Wie schätzen Sie die Menschenrechtssituation ein?
Suu Kyi: Wir sehen eine geringfügige Verbesserung. Es wurden ein paar politische Gefangene entlassen, viele sind aber noch in Haft. Unsere Hauptforderung ist deshalb die Freilassung aller politischen Häftlinge. Das hat oberste Priorität bei den Gesprächen.
SPIEGEL: Wie viele sind noch inhaftiert?
Suu Kyi: Es herrscht gegenwärtig Unklarheit über die genaue Anzahl. Doch wir gehen davon aus, dass noch Hunderte politische Gefangene in den Gefängnissen sitzen.



Suu Kyi nach ihrer Entlassung aus dem Hausarrest am 6. Mai

SPIEGEL: Wie steht es um Ihre persönliche Freiheit? Können Sie wieder reisen und Ihre zerschlagene Partei, die Nationale Liga für Demokratie, aufbauen?
Suu Kyi: Das müssen wir erst herausfinden. Bisher habe ich die Hauptstadt Rangun noch nicht verlassen. Hier konnte ich ungehindert die Büros der NLD aufsuchen. Ob mir auch außerhalb Ranguns Reisefreiheit gewährt wird, werde ich in den nächsten Tagen erfahren.
SPIEGEL: Wirtschaftssanktionen der EU und der USA haben dem Regime schwer zugesetzt, aber auch das Land weit zurückgeworfen. Sollten diese Sanktionen jetzt eingestellt werden?
Suu Kyi: Nein. Zu Fragen des Boykotts ändern wir unsere politische Richtung vorerst nicht. Dazu müssen die Gespräche mit den Generälen erst mal zu einem klaren Ergebnis geführt haben.

JAPAN

Gefährliches Spiel

Mit leichtfertigen Äußerungen zur Sicherheitspolitik schürt Japans Regierung das Misstrauen der ostasiatischen Nachbarn. So äußerte Regierungssprecher Yasuo Fukuda bei einem Hintergrundgespräch mit Journalisten den Gedanken, dass Japan seine drei so genannten nicht-nuklearen Grundsätze aufgeben könne. Diesen Prinzipien zufolge verzichtet Japan bislang auf den Besitz, den Bau und die Einfuhr von Atomwaffen. Weil Japan im August 1945 in Hiroschima und Nagasaki als einziges Land Opfer von Atombomben wurde, gilt die Debatte um eigene Nuklearwaffen in Japan als Tabu. Für seine Äußerungen wurde Fukuda auch in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) heftig kritisiert, zumal er seine Bemerkungen ausgerechnet während des Kaschmir-Konflikts zwischen Indien und Pakistan fallen ließ. Zwar stellte Premier Junichiro Koizumi inzwischen klar, dass seine Regierung nicht an den „drei nicht-atomaren Prinzipien“ rütteln wolle. Doch LDP-Insider argwöhnen, dass Fukuda nur geheime Sehnsüchte des nationalistischen LDP-Flügels um Koizumi ausplauderte. Der verbale Ausrutscher seines Vertrauten kommt dem Premier reichlich ungelegen. Denn auch der Chef der Verteidigungsbehörde, Gen Nakatani, geriet in Bedrängnis. Sein Ressort musste vergangene Woche zugeben, illegal persönliche Daten von Bürgern gesammelt zu haben. Angesichts der Pannen scheint es fraglich, ob Koizumi zentrale Gesetzesvorhaben, darunter umstrittene Notstandsgesetze für den militärischen Ernstfall, wie geplant bis zum Sommer durch das Parlament bringen kann.



AP

Premier Koizumi



LITAUEN

Angst vor Ölpest

Litauische und russische Umweltorganisationen warnen vor einer Ölkatastrophe in der Ostsee: Bei einer Umweltkonferenz der „Coalition Clean Baltic“ im litauischen Palanga wiesen sie auf Bohrvorhaben des russischen Ölkonzerns Lukoil in der Ostsee hin. Der Konzern wolle ab 2003 das Ölfeld Krawzowskoje (D6) ausbeuten. Es drohe eine dauerhafte Verschmutzung der Kurischen Nehrung,



DAVID LONGSTREATH / AP

in Rangun

SPIEGEL: Sie haben für den Freiheitskampf Ihres Landes persönlich viel gegeben. Seit Jahren konnten Ihre beiden Söhne Sie nicht mehr besuchen. Ihr Mann starb an Krebs, ohne dass Sie ihn noch einmal sehen konnten. Woher nehmen Sie die Kraft?

Suu Kyi: Ich bin eine gläubige Buddhistin. Doch ist es nicht nur die Frage, wie Aung San Suu Kyi damit umgeht. Viele Burmesen sind in einer weitaus schwereren Lage als ich. Aber wir alle stehen zusammen, weil wir für ein gemeinsames Ziel kämpfen: für Freiheit und Demokratie.

weil das Ölfeld nur 22 Kilometer vor dem Landstreifen liege.

Lukoil behauptet dagegen, Ölverschmutzungen seien nur im Umkreis von maximal zweieinhalb Kilometern möglich. Ölreste könnten daher die Nehrung gar nicht erreichen. Der Landstreifen zwischen Ostsee und Haff mit Wanderdünen und Wäldern, in denen es wieder Elche gibt, gilt als einzigartig. Seit zwei Jahren steht die Nehrung deshalb auf der Liste des Unesco-Weltkulturerbes. Die Ölbohrung werde sich zu einem internationalen Problem entwickeln, befürchtet die Umweltorganisation Ecodefense aus Russland: Die Strömungsverhältnisse in diesem Teil der Ostsee führten dazu, dass Ölrückstände auch auf den litauischen Teil der Nehrung gespült würden. Gut die Hälfte des 97 Kilometer langen Landstreifens gehört zu Litauen, der andere Teil zur russischen Exklave Kaliningrad. Zwischen den Staaten bahnt sich bereits Streit an: Der litauische Präsident Valdas Adamkus forderte Russland auf, Litauen endlich offiziell über das Projekt in Kenntnis zu setzen. Er stützt sich dabei auf die Konvention von Helsinki zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes. Danach müssen die Ostseeanrainer sich gegenseitig über Planungen informieren, die die Nachbarn betreffen können.

RUSSLAND

KP vor Spaltung

Russlands Kommunisten, mit angeblich einer halben Million Mitgliedern und einem Wählerpotenzial von etwa 30 Prozent größte Partei des Landes, stehen vor einer Spaltung. KP-Führer Gennadij Sjuganow hat drei führende Parlamentarier aus der Fraktion ausschließen lassen: Gennadij Selesnjow, Duma-Vorsitzender, Nikolai Gubenko, Chef des Kulturausschusses, und Swetlana Gorjatschewa, Vorsitzende des Frauen- und Jugendausschusses. Die verstoßenen Genossen waren entgegen Parteibeschlüssen in ihren Parlamentsämtern geblieben, nachdem Kreml-treue Abgeordnete den Kommunisten den Vorsitz wesentlicher Duma-Komitees entzogen hatten. Ziel der von der Kreml-Administration eingefädelten Operation: die KP als stärkste Oppositionspartei zu schwächen und Wladimir Putin bei der Präsidentenwahl im Frühjahr 2004 zu einem Sieg im ersten Wahlgang zu verhelfen.

Ein Viertel der Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) der KP und etwa ein halbes Dutzend Fraktionsmitglieder stimmten gegen die Ausschlüsse. Die Abweichler, denen sich der Gouverneur von Nischnij Nowgorod, Gennadij Chodyrew, anschloss, der aus der KP austrat, sammeln derzeit ihre Anhänger. Selesnjow, schon seit längerem auf Putin-Kurs, fordert einen Sonderparteitag, um KP-Chef Sjuganow abzuwählen. Parallel dazu führt er einen bislang schwächlichen Verein namens „Russland“.

Jüngere Genossen aus einem KP-nahen Jugendverband planen für Ende Juni die Gründung einer „Neuen Kommunistischen Partei“.



SERGEI KARPUKHIN / REUTERS

Demonstrierende Kommunisten am 1. Mai in Moskau

LIECHTENSTEIN

Botschafter nach Berlin und Washington

Nur klein und reich zu sein genügt Liechtenstein (32 000 Einwohner) nicht mehr. Außenminister Ernst Walch plant, Botschaften nun auch in den USA und Deutschland einzurichten, nachdem sich Liechtenstein bisher mit diplomatischen Vertretungen in den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie am Sitz von internationalen Organisationen wie der Uno in New York begnügte. Grund für die Offensive ist das ramponierte Ansehen des Fürstentums, das in den letzten Jahren als Schwarzgeld- und Geldwäschezentrale in Verruf geraten war. Im Hauptstädtchen Vaduz dagegen glaubt man, auf Grund verschärfter Auflagen mittlerweile „eine Spitzenposition“ im Kampf gegen die Finanz-Übel zu belegen. Das soll in Washington ein Botschafter verdeutlichen und desgleichen in Berlin. Dort war bisher Roland Marxer, der in Vaduz das Amt für Auswärtige Angelegenheiten leitet, als so genannter nicht residierender Botschafter gemeldet. Das Liechtensteiner Parlament will Mitte Juni über die Besetzung der beiden Posten entscheiden.